



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**18. Sitzung des Ausschusses für Soziales**

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.03.2025	
Sitzungsbeginn:	16:02 Uhr	
Sitzungsende:	17:15 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Renate Prüß - SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Sandra Odendahl - SPD		
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>		
Wolfgang Baasch - SPD		
Katrin Funk - fraktionslos		ab 16:11 Uhr; bei TOP 1
Nil Gersdorf - CDU		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
Volker Nehrhoff - CDU		Vertretung für Frau Akyurt
Annemarie Pirk - AfD		Vertretung für Herrn Frank
Burghard Speckmann - SPD		Vertretung für Frau Gröschl-Bahr
<b>Beiratsmitglieder</b>		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen		
<b>Verwaltung</b>		
Daniel Blank - FBC FB 2		
FB 2 Personalrat - Personalrat		
Daniela Rummert - 2.000.2 Stabsstelle Integration		nur öffentlicher Teil

Julia Schiffner - 2.503 Gesundheitsamt	nur öffentlicher Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlicher Teil
Julia Lock - 2.500 Soziale Sicherung	nur öffentlicher Teil
<b>Protokollführung</b>	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
<b>Gäste</b>	
Aydin Candan - Forum für Migranten	nur öffentlicher Teil
Frederike Waldeck - UKSH	nur öffentlicher Teil
Katjana Zunft - Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V.	nur öffentlicher Teil
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
Michelle Akyurt - CDU	entschuldigt
<b>stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.</b>	
Andrej Frank - AfD	entschuldigt
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD	entschuldigt

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Aktuelle Informationen aus 2.500	
3.2	Aktuelle Informationen zur Grundsicherung	
3.3	NEU: AM Müller-Lornsen: Fragenkatalog zur Situation von Post-Covid-Erkrankten in Lübeck	
3.4	NEU: AM Siegenbrink: Sachstand Housing First	
3.5	NEU: AM Siegenbrink: Aktuelles von der Heilsarmee	
4	Berichte	
4.1	Information von der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V.	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion LINKE & GAL: Bezahlkarte für geflüchtete Menschen	<b>VO/2024/13722</b>
6.2	BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium	<b>VO/2024/13741-01</b>
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Verschiedenes	
8.1	NEU: AM Müller-Lornsen zum Thema Schwangerschaftsberatungsstellen	
8.2	NEU: AM Siegenbrink zum Thema Bahnhofsmision	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	



## Öffentlicher Teil:

### **zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen**

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden insbesondere Frau Zunft von der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V. und Frau Waldeck vom UKSH zu TOP 4.1 und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die Vorsitzende verpflichtet das anwesende neu gewählte bürgerliche Ausschussmitglied Frau Annemarie Pirk mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Dr. Grohmann stellt einen Nichtbefassungsantrag zu TOP 6.1, weil eine Befassung unzulässig ist.

Hierzu erfolgt eine Für- und Widerrede von Frau Odendahl, Herr Müller, Frau Balke, Herr Candan, Herr Baasch und Frau Prüß.

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass die Einführung der Bezahlkarte bis zum 31.12.2025 vom Land hinausgeschoben wurde, da die Umsetzung weitreichende organisatorische Maßnahmen und umfangreiche rechtliche Prüfungen bedarf, die bis zum zunächst geplanten Einführungsstermin im Mai 2025 seitens des Landes nicht zu schaffen sind. Für Lübeck erklärt sie, dass man zu allen Themen, die bereits klar sind gut, vorbereitet ist, man aber nun erst einmal auf die Ausgestaltung des Landes warten muss. Sie berichtet, dass eigentlich eine Präsentation für diesen Ausschuss vorbereitet wurde, diese jetzt aufgrund der neuen Entwicklungen und des noch nicht vorliegenden Ausführungserlasses nicht gezeigt wird.

Die Vorsitzende lässt über den Nichtbefassungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss entscheidet mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung sich nicht mit dem Antrag unter TOP 6.1 zu befassen.

Frau Funk kommt zur Sitzung um 16.11 Uhr.

Frau Odendahl schlägt vor, den TOP 6.2 zu vertagen, da auch der Bauausschuss hierzu noch nicht getagt hat.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertagung von TOP 6.2.

Im Anschluss lässt die stellv. Vorsitzende über die Zuordnung des TOP 10 bis 14 en bloc zum nichtöffentlichen Teil abstimmen. Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Teilnahme von Frau Timmermann und Herrn Blank im nichtöffentlichen Teil.

Die Vorsitzende lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen. Der Ausschuss beschließt die geänderte Tagesordnung einstimmig.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

### **zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.02.2025**

Die Vorsitzende verliest die im Vorfeld schriftlich eingegangene Einlassung zur Niederschrift von Frau Akyurt, dass unter TOP 1 eine Einwendung von ihr selbst wie folgt zu ändern ist:

„Frau Akyurt merkt an, dass der TOP 3.4 als Antwort erfasst wurde, hier aber ein interfraktioneller Berichtsantrag beschlossen wurde.“

Dieses wird in der Niederschrift geändert.  
Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

Der Ausschuss beschließt die Niederschrift mit der o.g. Änderung einstimmig.

### **zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

#### **zu 3.1 Aktuelle Informationen aus 2.500**

Frau Senatorin Steinrücke merkt an, dass bereits unter TOP 1 zur Bezahlkarte vorgetragen wurde.

Weitere neue Sachstände sind nicht zu berichten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 3.2 Aktuelle Informationen zur Grundsicherung**

Herr Müller-Lornsen reicht einen Fragenkatalog ein – weitere Protokollierung erfolgt unter NEU 3.3.

Frau Senatorin Steinrücke berichtet, dass die Entscheidung für die Organisationsuntersuchung des Bereiches 2.500 getroffen wurde.

Weiter teilt sie mit, dass das Land immer noch die Grundsicherungsakten prüft. Der Bereich selbst ist mit der Verbesserung der Strukturen und Prozesse beschäftigt. – gleiches gilt auch für das Wohngeld.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

#### **zu 3.3 NEU: AM Müller-Lornsen: Fragenkatalog zur Situation von Post-Covid-Erkrankten in Lübeck**

Herr Müller-Lornsen überreicht einen Fragenkatalog zu Post-Covid-Erkrankten in Lübeck und bittet um die Beantwortung.

**zu 3.4 NEU: AM Siegenbrink: Sachstand Housing First**

Frau Siegenbrink bittet für den nächsten Ausschuss im April um eine Vorstellung zum Konzept und weiteren Vorgehen zu Housing First.

**zu 3.5 NEU: AM Siegenbrink: Aktuelles von der Heilsarmee**

Frau Siegenbrink berichtet von einem Besuch bei der Heilsarmee und teilt mit, dass dort wieder das alte Angebot vorgehalten werden kann und richtet den Dank der Heilsarmee aus.

**zu 4 Berichte**

**zu 4.1 Information von der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V.**

Frau Zunft und Frau Waldeck stellen anhand einer Power Point Präsentation die Arbeit der Aidshilfe Lübeck für sexuelle Gesundheit e.V. vor und belegen die Arbeit mit Zahlen und Fakten.

Hierzu sprechen Frau Dr. Schlecker, Herr Müller, Frau Siegenbrink und Herr Dr. Grohmann, Frau Pirk und Herr Müller-Lornsen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

**zu 6.1 Fraktion LINKE & GAL: Bezahlkarte für geflüchtete Menschen  
Vorlage: VO/2024/13722**

Hierzu wurde unter TOP 1 ein Nichtbefassungsantrag mit 8 Ja-Stimmen, 5 Neinstimmen und 1 Enthaltung beschlossen.

**Beschluss:**

Die Lübecker Bürgerschaft spricht sich nachdrücklich dafür aus, die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete abzulehnen, falls die Landesgesetzgebung dies zulässt. Die Verwaltung wird aufgefordert, dies gegenüber der Landesregierung zu kommunizieren. Sofern die Bezahlkarte für Kommunen verpflichtend eingeführt werden soll, fordert die Bürgerschaft die Landesregierung dringend auf, in allen weiteren Beratungen die folgenden

Grundsätze zu berücksichtigen:

1. Die Bezahlkarte soll ausschließlich an Menschen mit Sozialleistungsanspruch in Aufnahmeeinrichtungen ausgegeben werden, die über kein Bankkonto verfügen. Bei allen anderen Geflüchteten soll es bei der bisherigen Überweisung der Geldleistungen auf das Konto bleiben.
2. Die Bezahlkarte soll das Format von Visacard/Mastercard haben, um eine Stigmatisierung zu verhindern und muss in allen Geschäften nutzbar sein.
3. Überweisungen mindestens im Inland müssen möglich bleiben, ohne dass diese erst freigeschaltet werden müssen.
4. Es soll keine Begrenzung für Bargeldabhebungen geben.
5. Kindern soll ausreichend Bargeld zur Verfügung stehen. Dafür empfiehlt sich mindestens eine Orientierung an dem Betrag, der im AsylbLG für Kinder und Jugendliche festgelegt wurde.
6. Alle volljährigen Mitglieder einer Bezugsgemeinschaft sollen eine eigene Bezahlkarte erhalten.
7. Die Nutzung der Bezahlkarte soll nicht auf bestimmte Regionen oder Branchen beschränkt sein, da für Geflüchtete eine Flexibilität beim Konsum unabdingbar ist.
8. Die Bezahlkarte soll bundesweit einsetzbar sein.
9. Die Bezahlkarte soll dem Prinzip des Guthabenkontos folgen, um Verschuldung zu verhindern.
10. Die Kommunen sollen keine Kosten tragen. Darunter fallen auch Kosten, die durch einen administrativen Mehraufwand entstehen.
11. Parallel zur Bezahlkarte soll ein Monitoringtool etabliert werden, um zu überprüfen, ob:
  - (a) der Verwaltungsaufwand gesenkt wird,
  - (b) Integrationshürden für Geflüchtete entstehen,
  - (c) durch das Bezahlkartensystem keine Mehrkosten entstehen,
  - (d) der Zuzug Geflüchteter durch die Einführung der Bezahlkarte nachweislich verringert wird,
  - (e) vermeintliche Rücküberweisungen verhindert werden,
  - (f) das Existenzminimum von Geflüchteten gesichert ist.

Sollte der Monitoring Prozess zu dem Schluss kommen, dass die Kosten der Bezahlkarte den Nutzen überwiegen, soll die Bezahlkarte durch die Einführung eines Basiskontos für Geflüchtete ersetzt werden.

12. Die Datenschutzerklärung, Gebrauchsanweisung sowie Beratung zur Bezahlkarte soll den Betroffenen in ihrer Muttersprache zur Verfügung stehen.
13. Die Bezahlkarte soll keine Datenspeicherung und/ oder Weitergabe personenbezogener Daten an Dritte ermöglichen.
14. Eine Verknüpfung mit dem AZR ist zu vermeiden, um Detailänderungen oder erforderliche Genehmigungen als Sanktionsmechanismus auszuschließen.
15. Sollte die Bezahlkarte verpflichtend, aber mit einem inhaltlichen Gestaltungsspielraum für Kommunen eingeführt werden, wird die Verwaltung beauftragt, die o. g. Punkte nach Möglichkeit umzusetzen.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	

	Vertagung	
	Ohne Votum	

Hierzu wurde unter TOP 1 ein Nichtbefassungsantrag mit 8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung vom Ausschuss für Soziales beschlossen.

<b>zu 6.2</b>	<b>BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium Vorlage: VO/2024/13741-01</b>
---------------	--

vertagt

**Beschluss:**

Der Bürgermeister wird als Gesellschafter der städtischen Grundstücks-Gesellschaft Trave aufgefordert, den im Wirtschaftsplan bis 2028 vorgesehenen Abriss von 206 Wohnungen zu widersprechen und die geplanten Wohnungen zusätzlich zu bauen.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister aufgefordert, sich insbesondere bei Haltern großer Wohnungsbestände (Genossenschaften, private Wohnungsunternehmen) dafür einzusetzen, dass der Neubau von Wohnungen in den nächsten Jahren in der Regel als Zubau und nur in begründeten Ausnahmefällen als Ersatzneubau stattfindet.

Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune sind zu nutzen.

Sofern dazu zusätzliche Flächen benötigt werden, da solche durch den Wegfall von vorherigen Abriss nicht mehr zur Verfügung stehen, so sind diese seitens der Verwaltung, falls nötig zu identifizieren und zu benennen.

Wenn es bis dahin keine besseren Lösungen gibt, dann kann der Abriss der Altbestände vollzogen werden, sobald sich die Lage am Wohnungsmarkt wieder hinreichend entspannt hat.

<b>Abstimmungsergebnis</b>	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

<b>zu 7</b>	<b>Anträge von Ausschussmitgliedern</b>
-------------	---

<b>zu 8</b>	<b>Verschiedenes</b>
-------------	----------------------

<b>zu 8.1</b>	<b>NEU: AM Müller-Lornsen zum Thema Schwangerschaftsberatungsstellen</b>
---------------	--

Herr Müller-Lornsen bittet um die Einladung der 5 Schwangerschaftsberatungen in Lübeck zur nächsten Sitzung zu einem Vortrag.

**zu 8.2 NEU: AM Siegenbrink zum Thema Bahnhofsmision**

Frau Siegenbrink bitte darum auch die Bahnhofsmision einzuladen, damit zur aktuellen Situation vorgetragen werden kann.

**zu 9 Ende des öffentlichen Teils**

Die Vorsitzende schließt um 17:11 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.  
Die Sitzung wird um 17:14 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Die Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung um 17.15 Uhr.

Lübeck, den 28. März 2025

Frau Renate Prüß  
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann  
Protokollführung